

Antragsbereich D: Demokratie und Kampf gegen Rechts

Antrag D1_14/2

1 **Antragssteller*in:** Bundesvorstand

2

3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4

5 **D1_14/2 Fight anti-semitism! Was zu tun ist.**

6

7 In der Neujahrsnacht uriniert eine Gruppe von Hooligans an das „Denkmal für die ermordeten
8 Juden Europas“ in Berlin. Am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus werden in
9 Grevesmühlen mehrere Poster mit der Aufschrift „Internationaler Tag der 6 Millionen-Lüge“ auf-
10 gehängt. Bei einem Fußballspiel in Dresden werden Gästefans als „Juden“ beschimpft, auch Hit-
11 lergrüße sind zu sehen. In Staakow wird der jüdische Friedhof geschändet, indem eine Informati-
12 onstafel im Eingangsbereich zerkratzt wird und drei gläserne Stelen, die über die KZ-Außenstelle
13 Jamlitz informieren, durch Steinwürfe beschädigt werden. Bei einer Mahnwache für die drei im
14 Juni entführten israelischen Jugendlichen wird in Hamburg ein 83 Jahre alter Teilnehmer von
15 einem Gegendemonstranten zu Boden gestoßen und derart schwer verletzt, dass er im Kranken-
16 haus behandelt werden muss. Politiker*innen aller Parteien, auch der SPD, veröffentlichen anti-
17 semitische Beiträge in sozialen Medien. Bei einem von der AfD veranstalteten Vortrag in Schles-
18 wig-Holstein zum Thema „Deutsche Selbstwahrnehmung“ leugnet ein Kreissprecher der AfD die
19 Schuld der Deutschen im Holocaust. In Dortmund, Frankfurt, Berlin und weiteren Städten de-
20 monstrieren Personen, die dabei Fahnen der Hamas schwenken und Sprechchöre wie „Israel ist
21 ein Terrorist“, „Tod, Tod Israel“ oder „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“ anstimmen. Dabei sind
22 Plakate und T-Shirts mit Parolen wie „Stop doing what Hitler did to you“ und „Stop dem Holo-
23 caust in Gaza“ zu sehen. Dies alles sind Beispiele einer ganzen Reihe antisemitischer Vorfälle aus
24 diesem Jahr. Dies sind deutsche Zustände 2014.

25

26 **Die besondere Verantwortung Deutschlands**

27 Deutschland hat eine besondere Verantwortung in der Bekämpfung von Antisemitismus, aber
28 auch der Unterstützung Israels. Die nationalsozialistischen Verbrechen sind durch keinen guten
29 Willen, keine Wiedergutmachung, keine Rückerstattung auszulöschen. Sie verjähren auch nicht
30 mit der Zeit - ein Schlussstrich ist nicht möglich. Die Shoah ist ein Verbrechen ohne Vergleich, in
31 der Geschichte singulär. Die nationalsozialistische Vergangenheit ist da, und sie wird immer blei-
32 ben. Sie prägt zwangsläufig das deutsch-israelische Verhältnis. Deutschland muss immer bedin-
33 gungslos für das Existenzrecht Israels einstehen und streiten - dies ist auch für uns Teil der deut-
34 schen Staatsräson. Israel ist der Staat der Holocaust-Überlebenden. Er ist notwendiger Schutz-

35 raum - und als solcher nach Jahrtausenden der Verfolgung auch heute mehr als notwendig. Wir
36 leiten diese besondere Verantwortung aber nicht biologistisch her, weil Vorfahren möglicher-
37 weise zu den Täter*innen gehören. Dies ist eine Ebene, mit der sich jede*r Einzelne individuell
38 sowie in seiner*ihrer Familie selbst auseinandersetzen muss. Als Einwanderungsgesellschaft wür-
39 de dies auch nur noch einen - zwar großen - Teil der Bevölkerung betreffen. Stattdessen leiten
40 wir die besondere Verantwortung Deutschlands folgendermaßen her: Wir sind Staatsbürger*innen
41 oder Bewohner*innen des Landes, auf dessen Boden die grausamen Verbrechen der NS-Zeit ihren
42 Ausgang hatten - und in unterschiedlicher Weise noch immer, beispielsweise finanziell, von ihnen
43 profitieren. Daraus ergibt sich, dass der Antifaschismus zwar eine universelle, aber im Besonde-
44 ren eine deutsche Verpflichtung ist. Allein die aktuellen Geschehnisse - rechte Tendenzen in der
45 Gesellschaft und die Salonfähigkeit antisemitischer Parolen - machen deutlich, wie viel es in
46 dieser Hinsicht noch zu tun gibt.

47

48 **Die Historische Entwicklung des Antisemitismus**

49 Judenfeindlichkeit begleitete und begleitet besonders die Geschichte Europas. Es bezeichnet
50 eine pauschale Ablehnung von Jüd*innen und des Judentums und reicht von Verleumdung, Dis-
51 kriminierung und Unterdrückung über lokale und regionale Ausgrenzung, Verfolgung und Vertrei-
52 bung bis hin zur Shoah. Im Allgemeinen wird heute zwischen dem christlichen Antijudaismus,
53 dem modernen Antisemitismus sowie dem sekundären Antisemitismus unterschieden. Die Ableh-
54 nung des Zionismus und des Staates Israels ist der Antizionismus. Für die Bekämpfung des Anti-
55 semitismus ist die Kenntnis dieser historischen Entwicklung wichtig.

56

57 Im christlichen Antijudaismus wird Jüd*innen vorgeworfen, Gottlose zu sein, da sie nicht an Jesus
58 Christus glauben. Christ*innen hingegen verstanden sich als Empfänger*innen der wahren göttli-
59 chen Offenbarung. Untermauert wurde diese Abgrenzung durch Legendenbildung. Antijudaisti-
60 sche Motive sind zum Beispiel der Vorwurf des Christismords und des Ritualmordes an christli-
61 chen Kindern. Ressentiments gegenüber Jüd*innen wurden aber auch wirtschaftlich und politisch
62 begründet.

63

64 Der moderne Antisemitismus ist geprägt durch die Entwicklung des Kapitalismus und die Heraus-
65 bildung von Nationalstaaten. Jüd*innen werden für die neue Wirtschaftsordnung und die gesell-
66 schaftlichen Veränderungen verantwortlich gemacht und alle unverständenen Aspekte des mo-
67 dernen Lebens wie beispielsweise die Auflösung traditioneller Bindungen oder die Individualisie-
68 rung werden ihnen zugeschrieben. So ist der Antisemitismus auch durch Personifizierung ge-
69 kennzeichnet. Dabei verbindet sich das Bild des*der jüdischen Kapitalist*in auch mit antijudaisti-
70 schen Motiven, wie mit dem mittelalterlichen Vorwurf der Wucherei. Neu ist beim modernen
71 Antisemitismus die Vorstellung der Jüd*innen als „Rasse“. Die Begründung ist ihre unterstellte
72 angeborene Andersartigkeit. Diese Vorstellung ermöglichte im deutschen Nationalsozialismus die

73 systematischen Vernichtung von sechs Millionen Jüd*innen in den Konzentrations- und Vernich-
74 tungslagern.

75

76 Sekundärer Antisemitismus wird auch als Antisemitismus wegen oder nach Auschwitz bezeichnet.
77 Es ist der Versuch der Täter*innengesellschaft - und nachfolgender Generationen -, sich individu-
78 ell und kollektiv von der Geschichte des Nationalsozialismus zu entlasten. Die strafbare Variante
79 ist dabei die schlichte Leugnung des Holocausts. Verbreiteter ist aber, den Opfern - den
80 Jüd*innen - eine Mitschuld zuzuschreiben oder die komplette Verkehrung von Opfern und Tä-
81 ter*innen. Einerseits wird ein Ende der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen gefordert,
82 andererseits das jüdische Ausnutzen der Erinnerung für heutige Interessen postuliert.

83

84 Mit der Staatsgründung Israels 1948 wendet sich der Antizionismus gegen Israel als jüdischen
85 Staat. Damit einher geht das Bestreiten des Existenzrechtes sowie des Rechtes auf Selbstvertei-
86 digung. Stereotype und dämonisierende Zuschreibungen finden sich oftmals in vermeintlicher
87 Kritik an der Politik Israels, sowie in der Anwendung doppelter Standards. So wird der Antizio-
88 nismus oftmals antisemitisch aufgeladen. Zugleich wird der Begriff des Antizionismus verstärkt
89 von Antisemit*innen genutzt, um ihren Antisemitismus zu verschleiern und damit vermeintlich zu
90 rechtfertigen.

91

92 **Antisemitismus in der Bevölkerung**

93 Alltägliche Ausgrenzung, Diffamierung, Beschimpfung und Boykottierung ist fester Bestandteil
94 des Erfahrungshorizonts von in Deutschland lebenden Jüd*innen. Dabei ist Antisemitismus kein
95 Randphänomen: 20 Prozent der deutschen Bevölkerung sind latent antisemitisch eingestellt. Der
96 Zusammenhang zwischen den Zustimmungen zu den Aussagen über jüdischen Einfluss, eigener
97 Mitschuld der Jüd*innen an ihrer Verfolgung und dem Beziehen von Vorteilen aus dem Holocaust
98 ist besonders eng.

99

100 Die Zustimmung zu antisemitischen Einzelaussagen liegen aber deutlich höher: 20 bis 25 Prozent
101 stimmen den Aussagen „Juden haben zu viel Einfluss auf die öffentliche Meinung in diesem Land“
102 sowie „Juden haben zu viel Kontrolle und Einfluss an der Wall Street“ überwiegend oder voll und
103 ganz zu. Fast 40 Prozent sehen dies so bei der Aussage „Ich bin es leid, immer wieder von den
104 deutschen Verbrechen an den Juden zu hören“. Und knapp ein Drittel glaubt, dass die Jüd*innen
105 die „Erinnerung an den Holocaust“ heute für „ihren eigenen Vorteil ausnutzen“ würden. Insges-
106 samt 40 Prozent stimmen der Aussage, dass Jüd*innen „einfach etwas Besonderes und Eigentüm-
107 liches an sich“ hätten und „nicht so recht zu uns passen“ würden, „voll und ganz“, „überwie-
108 gend“ oder zumindest „teils/teils“ zu.

109

110 Es zeigt sich, dass - neben den „klassischen“ antisemitischen Bezeichnungen - Vorwürfe, die als
111 Reaktion auf den Holocaust und die Existenz des Staates Israel entstanden sind, sehr viel stärker

112 geäußert werden. Hierbei handelt es sich insbesondere um eine antisemitisch aufgeladene Kritik
113 an Israel, die den Staat schlechthin mit „den Juden“ identifiziert und die israelische mit der
114 nationalsozialistischen Politik gleichsetzt.

115

116 Bei älteren Menschen sind antisemitische Einstellungen stärker verbreitet als bei jüngeren, bei
117 Männern stärker als bei Frauen. Menschen mit höherer Schulbildung neigen weniger häufig zu
118 antisemitischen Einstellungen. Dies gilt jedoch nur geringfügig für den auf Israel bezogenen Anti-
119 semitismus. Nachweisbar ist ein Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Stolz „auf die
120 deutsche Geschichte“ sowie hoher Identifikation mit Deutschland. Außerdem zeigen sich Zusam-
121 menhänge zwischen der Verbreitung antisemitischer Einstellungen und anderen Formen gruppen-
122 bezogener Menschenfeindlichkeit. Von denen, die die Aussage befürworteten, dass die Jüd*innen
123 durch ihr Verhalten an den Verfolgungen mitschuldig seien, stimmten auch knapp drei Viertel der
124 Aussage zu, es lebten „zu viele Ausländer in Deutschland“, während knapp 60 Prozent dem Satz
125 beipflichteten „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eige-
126 nen Land“ und sich mehr als die Hälfte gegen gleichgeschlechtliche Ehen wandten.

127

128 Dass Antisemitismus kein Randphänomen ist, hat auch eine Auswertung von 14.000 Briefen, Post-
129 karten und E-Mails an den Zentralrat der Juden in Deutschland und an die israelische Botschaft in
130 Berlin gezeigt: Über die Hälfte der antisemitischen Post aus der Zeit von 2002 bis 2012 stammte
131 von Professor*innen, Ärzt*innen und Lehrer*innen. Weit verbreitete Vorurteile, tief verwurzelte
132 Klischees und Unwissen über Jüd*innen und das Judentum: Darauf basiert der Antisemitismus in
133 unserer Gesellschaft.

134

135 **Antisemitismus in der gesellschaftlichen und politischen Linken**

136 Auch die gesellschaftliche und politische Linke ist als Teil der Gesellschaft nicht frei von Antise-
137 mitismus. Mit der Linken ist hier sowohl die gemäßigte Linke, als auch die radikale Linke ge-
138 meint. Grundlage für den Antisemitismus in der gesellschaftlichen und politischen Linken ist
139 meist eine verkürzte Kapitalismuskritik. Diese Kritik greift nicht das System an, sondern macht
140 Personen individuell verantwortlich, wie beispielsweise Banker*innen und reproduziert antisemi-
141 tische und antiamerikanische Argumentationsmuster. Zum Hassobjekt wird das die Fiktion eines
142 „jüdischen Finanzkapitals“ und personifiziert der*die „jüdische Finanzkapitalist*in“. Für uns ist
143 klar: Wir lehnen alle antisemitischen Verschwörungstheorien vehement ab!

144

145 Israel wird als imperialistischer Staat gesehen. In diesem Umfeld mischt sich Antisemitismus auch
146 mit Antiamerikanismus. Antisemitismus in der Linken ist aber nicht nur aktuell verbreitet, son-
147 dern kann auch auf eine lange Geschichte zurückblicken: Er war in der Weimarer Republik unter
148 anderem in der KPD präsent. Auch später in der Bundesrepublik war Antisemitismus salonfähig in
149 linken Kreisen, z. B. in Teilen der Friedensbewegung. Aktuelle Beispiele antisemitischer Tenden-
150 zen innerhalb der Linken zeigen sich in diesem Jahr bei den Demonstrationen zum letzten Gaza-

151 Konflikt. In Frankfurt demonstrierten Anhänger des SDS gemeinsam mit Islamist*innen und Ka-
152 dern der Neonazi-Gruppe „Nationale Sozialisten Rhein-Main“. Ein anderes und leider zunehmend
153 an Bedeutung gewinnendes Phänomen ist verschwörungstheoretisches Denken. In diesem ver-
154 schwimmen strukturell antisemitische und antiamerikanische Denkmuster. Bewegungen wie die
155 „Mahnwache für den Frieden“ und der reaktionären Teilen der Friedensbewegung organisierte
156 „Friedenswinter treten wir entschieden entgegen. Auch Politiker*innen der Linkspartei unter-
157 stützten fragwürdige Demonstrationen und ihre Aufrufe. Innerhalb der SPD werden ebenso immer
158 wieder einzelne antisemitische Äußerungen bekannt.

159

160 **Antisemitismus in und an Bildungsinstitutionen**

161 Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde Antisemitismus in Deutschland zur Staatsdokt-
162 rin. Und auch Universitäten waren beteiligt. So wurde der Antisemitismus durch Theorien und
163 Forschung weiterentwickelt. Wie überall, wurden jüdische Wissenschaftler*innen und Studieren-
164 de ausgeschlossen. Am 10. Mai 1933 verbrannten in der „Aktion wider den undeutschen Geist“
165 Schüler*innen und Studierende Bücher von jüdischen, aber auch marxistischen und pazifistischen
166 Autor*innen und Gegner*innen der Nationalsozialist*innen. Dies geschah an diesem Tag in 22
167 Hochschulstädten: Berlin, Bonn, Braunschweig, Bremen, Breslau, Dortmund, Dresden, Frankfurt
168 am Main, Göttingen, Greifswald, Hannover, Hannoversch Münden, Kiel, Königsberg, Landau, Mar-
169 burg, München, Münster, Nürnberg, Rostock, Worms und Würzburg. Auch davor und danach fan-
170 den in weiteren Städten Bücherverbrennungen statt. Sie wurden zumeist von der Deutschen Stu-
171 dentenschaft und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) durchgeführt.

172

173 Aber auch heute gibt es antisemitisches Gedankengut an Hochschulen und unter Studierenden.
174 Offensichtlichste Vertreter solcher Denkmuster sind die Burschenschaften. Schon 1920 beschlos-
175 sen sie den Ausschluss von Jüd*innen und auch heute tragen sie ihre antisemitische Hetze an die
176 Hochschulen und in die Gesellschaft. Doch wie für die Gesamtgesellschaft gilt auch an den Hoch-
177 schulen: Antisemitismus ist kein Randphänomen. Eine Studie an der Universität Osnabrück hat
178 starke antisemitische Haltungen von Studierenden festgestellt: Insgesamt lehnten nur 60 Prozent
179 Äußerungen wie „Es sollten weniger jüdische Einwanderer nach Deutschland gelassen werden“
180 und „Deutsche Frauen sollten keine Juden heiraten“ entschieden ab. Ein weiteres Beispiel ist der
181 Boykott israelischer Wissenschaft, dem sich weltweit akademische Gruppierungen und Institutio-
182 nen angeschlossen haben. Dies ist Teil der „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“-Bewegung
183 (BDS). Die BDS-Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, das Land Israel zu boykottieren. Anhän-
184 ger*innen der BDS-Bewegung gibt es auch an Deutschlands Hochschulen. Auf Israel wird hier ein
185 doppelter Standard angewendet, denn vergleichbare Aktionen für andere Staaten gibt es aktuell
186 nicht. Ein Boykott israelischer Waren und Institutionen durch deutsche Staatsbürger*innen und
187 deutsche Hochschulen ist ein geschichtsvergessener Skandal!

188

189 Ein großes Problem ist ebenfalls der Hass auf dem Schulhof. „Du Jude“ ist zu einem Schimpfwort
190 geworden. Dies ist eine antisemitische Äußerung, nicht notwendigerweise aber eine Äußerung
191 von Antisemit*innen oder in antisemitischer Absicht. Trotzdem ist die Konnotation abwertend
192 und negativ, weshalb die Äußerung - wenn auch vielleicht von Seiten der Sprecher*innen unge-
193 wollt - eine antisemitische ist. Zur Tradierung antisemitischer Stereotype tragen im Übrigen auch
194 Rahmenpläne und Schulbücher bei: Dort werden Jüd*innen einseitig als Opfer hervorgehoben.
195 Jüdisches Leben heute spielt keine Rolle. Auch von außen wird antisemitische Hetze an die Schu-
196 len herangetragen, beispielsweise durch die „Schulhof-CDs“ der NPD.

197

198

199 **Was zu tun ist...**

200 Anti-Antisemitismusarbeit ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Das Aufstehen gegen Antisemi-
201 tismus darf aber kein Lippenbekenntnis sein. Die einfache Teilnahme an einer Kundgebung des
202 Zentralrates der Juden, auch wenn als Zeichen wichtig, wird nicht reichen, um Antisemitismus in
203 unserer Gesellschaft zu bekämpfen. Schon die Hinnahme eines antisemitischen Spruches ist fatal.
204 Wir können aber mehr tun, als zu widersprechen. Dabei muss auch deutlich werden: Bekämpfung
205 von Rassismus ist nicht gleich Bekämpfung von Antisemitismus. Zwar gleichen sich Antisemitismus
206 und Rassismus in der Aufwertung der eigenen Person durch die Ausgrenzung anderer. Besonders
207 für den Antisemitismus ist aber die Funktion, mit ihm vermeintlich die Welt erklären zu können.
208 Dies zeigt sich beispielsweise in antisemitischen Verschwörungstheorien und der Angst vor „ge-
209 heimen Mächten“. Dies ist Grundlage für den eliminatorischen Antisemitismus, wie er auch den
210 Nationalsozialismus ausgezeichnet hat, dem die Logik zugrunde liegt, dass alle negativen Phäno-
211 mene, Probleme und Ängste, die zuvor auf jüdische Menschen projiziert wurden, verschwinden
212 würden, sobald es keine Jüd*innen mehr gäbe.

213

214 **... in unseren Schulen**

215 Die moralischen und demokratischen Grundlagen unseres Staates zu vermitteln ist Aufgabe der
216 Schule. Schulen haben neben ihrem Bildungsauftrag auch einen Erziehungsauftrag. Erziehung
217 wider Antisemitismus ist Erziehung zur Mündigkeit. Antisemitische Meinungen werden, wie auch
218 anderes, von anderen Personen übernommen, bspw. den Eltern, Verwandten oder Freund*innen.
219 Ziel schulischer Arbeit muss deshalb sein, die Schüler*innen zu motivieren, sich eigenständig ihre
220 Meinung zu bilden. Für eine Erziehung zur Mündigkeit brauchen wir jedoch mehr als kritisches
221 Denken. Genauso entscheidend sind ein selbstbestimmtes Lernen und demokratische Institutio-
222 nen.

223

224 In der politischen Bildung wird Antisemitismus oft nur am Rande oder im Kontext eines anderen
225 Themenfeldes bearbeitet. So zum Beispiel im Kontext des Nationalsozialismus oder in der Ausei-
226 nandersetzung mit rechtsradikalen Personen und Organisationen. Antisemitismus muss als Thema
227 also eigenständig behandelt werden und darf nicht nebenbei abgehandelt werden. Dafür muss

228 auch insbesondere der Politik- und Sozialkundeunterricht gestärkt werden. Unserer Ansicht nach
229 ist aber eine fächerübergreifende Beschäftigung mit dem Thema notwendig. Eine Kooperation in
230 Form von regelmäßigen Projekttagen der unterschiedlichen Fachrichtungen wäre ein erster
231 Schritt. Auch sollte die Staatsgründung Israels und jüdischen Lebens nach 1945 in diesem Kontext
232 thematisiert werden.

233

234 Für den Umgang mit Antisemitismus sind unsere Lehrer*innen kaum geschult. Dies führt zu einer
235 zu vorsichtigen oder geringen Auseinandersetzung mit antisemitischen Sprüchen und Vorfällen an
236 der Schule. Daher muss Antisemitismusprävention verpflichtend in die Lehramtsausbildung inte-
237 griert werden. Außerdem müssen Module dazu auch in der Lehrer*innenfortbildung angeboten
238 werden. Jede*r Lehrer*in muss sich mit diesem Thema pädagogisch auseinandergesetzt haben.

239

240 Um die systematische Vernichtung von Jüd*innen im Nationalsozialismus in Ansätzen begreifen zu
241 können, müssen Schüler*innen die Tatorte besuchen. Daher setzen wir uns für einen ver-
242 pflichtenden Gedenkstättenbesuch bis zum Ende der 10. Klasse ein, der auch entsprechend vor-
243 und nachbereitet werden muss. Dies ist insbesondere wichtig, wenn die Möglichkeit von Gesprä-
244 chen und Treffen mit Zeitzeug*innen immer weniger werden.

245

246 ... in unseren Hochschulen

247 Wie für die Schulen gilt auch an den Hochschulen, dass Erziehung wider Antisemitismus Erzie-
248 hung zur Mündigkeit ist. Daher gilt auch hier: kritisches Denken, selbstbestimmtes Lernen und
249 demokratische Institutionen sind erforderlich.

250

251 An Hochschulen muss eine Sensibilisierung für das Themenfeld geschaffen werden. Dies kann zum
252 Beispiel durch Festschreibung in den Leitbildern der Hochschulen geschehen. Doch muss dann
253 auch entsprechend gehandelt werden. Die Ausrichtung von „Wochen gegen Antisemitismus“ oder
254 „Israel-Tagen“, wie es sie vereinzelt schon gibt, ist ein erster Schritt.

255

256 Zuallererst müssen Hochschulen als Institutionen ihre eigene Geschichte thematisieren. Vielfach
257 haben Hochschulen auch noch heute Namensgeber*innen für Plätze, Gebäude oder Straßen, die
258 mindestens fragwürdig, manchmal skandalös sind. Hochschulen nutzen auch Gebäude, die für
259 nationalsozialistische Forschung genutzt wurden. Dies alles muss an der jeweiligen Institution
260 aufgearbeitet werden. Hier sind aber nicht nur die Hochschulen als solche, sondern auch einzel-
261 ne Fachbereiche oder Fächer gefragt. Auch die Studierendenschaften haben auf Grund ihrer Ge-
262 schichte eine besondere Verantwortung. Diese müssen sie in angemessener Form aufarbeiten und
263 Erinnerung aktiv praktizieren.

264

265 Neben der historischen Aufarbeitung ist aber auch der Umgang mit aktuellen antisemitischen
266 Vorfällen wichtig. Antisemitische Äußerungen müssen belangt werden können. Dies kann bei Stu-

267 dierenden im äußersten Fall bis zur Exmatrikulation und bei Lehrenden bis zur Suspendierung,
268 Kündigung oder Entlassung führen. Den Umgang mit dem antisemitischen und anderen men-
269 schenverachtenden Äußerungen müssen wir intern diskutieren und in einem gesonderten Antrag
270 verschriftlichen, um der Tragweite der Konsequenzen gerecht zu werden. Für uns ist klar: Anti-
271 semitismus darf nicht geduldet werden.

272

273 Auch darf es keine Unterstützung von Boykott-Initiativen geben - sei es durch die Hochschule
274 selbst, Einzelpersonen oder Gruppierungen von Studierenden oder Wissenschaftler*innen. Wir
275 setzen uns weltweit für mehr akademische Freiheit ein, nicht für weniger. Stattdessen muss die
276 Partnerinnenschaft zwischen deutschen und israelischen Hochschulen ausgebaut werden. Dies
277 gilt auch für den Austausch von Studierenden.

278

279 Ein weiterer wichtiger Schritt in der Bekämpfung des Antisemitismus ist weiterhin die Kenntnis
280 über antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung oder Teilen der Bevölkerung. Daher muss
281 die Antisemitismusforschung an Hochschulen ausgebaut werden. Vorhandene Modellprojekte in
282 der Anti-Antisemitismusarbeit müssen weiter gefördert und verstetigt werden.

283

284 **... in der Arbeit der Juso-Hochschulgruppen**

285 Der Kampf gegen Antisemitismus muss auch an den Bildungsinstitutionen geführt werden. Wir
286 Juso-Hochschulgruppen müssen uns daran beteiligen. Das bedeutet, dass wir uns vor Ort für
287 die Veränderungen in Schulen und Hochschulen einsetzen. Bundesweit muss das Thema im Kon-
288 text unserer antifaschistischen und antirassistischen Arbeit stetig begleitet und konsequent the-
289 matisiert werden - aber eben als eigenständiges Phänomen. Diese umfassende Beschlusslage ist
290 ein erster Schritt hierzu.

291

292 Weiterer wichtiger Bestandteil unserer Arbeit ist der trilaterale Austausch und die Vernetzung
293 mit den Studierendenorganisationen - aber nicht nur ihnen - in Israel und Palästina, und Gegen-
294 besuchen von israelischen und palästinensischen jungen Menschen in Deutschland. Erfahrungen
295 und Erlebnisse vor Ort verbessern unser Verständnis des Nahostkonfliktes und tragen so zu einer
296 fundierten Debattenführung bei. Für uns ist klar, dass wir bei Delegationsreisen auch Orte wie
297 die Gedenkstätte Yad Vashem besuchen. Die Behandlung des Holocausts in Lehre und Forschung
298 ist ein Thema, mit dem wir uns beschäftigen müssen und auch wollen. Gedenk- und Erinnerungs-
299 politik betrachten wir als einen unverzichtbaren Teil unserer politischen Bildungsarbeit.

300

301 Wir setzen uns zudem gegen Antisemitismus innerhalb der SPD ein. Der Unvereinbarkeitsbe-
302 schluss gegen Burschenschaften ist auch wegen der antisemitischen Hetze von Burschenschaf-
303 terna begründet. Antisemit*innen haben keinen Platz in der SPD. Deshalb werden wir antisemitische
304 Äußerungen von SPD-Mitgliedern thematisieren. Wir fordern, dass solche Personen in letzter Kon-

305 sequenz ausgeschlossen werden. Dies werden wir, wenn nötig, auf allen Ebenen in der Partei
306 deutlich machen.